

Ampelbündnis in MG beendet

Das seit der Gründung in 2009 immer wieder totgesagte Bündnis von SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP in Mönchengladbach hat die Stadt von vielen Verkrustungen befreit und eine neue politische Zielrichtung für die Stadt entwickelt. Beispielhaft für diese Arbeit sind:

- Haushaltssanierungsplan
- MG-Arcaden
- Innenstadtkonzept Rheydt
- Gründung der sechsten Gesamtschule

Doch ausgerechnet beim Neubau der Bibliothek war nach vielen Gesprächen die Gemeinsamkeit vorbei.

genheit für eine sachliche und transparente Diskussion zu den Alternativen zwischen Neubau und Sanierung einer Bibliothek gewesen. Hierbei hätten alle Argumente Pro und Contra ausgetauscht und im Ergebnis dem Bürgervotum gestellt werden können.

Lothar Beine: „Fakt ist aber, dass hierfür im Rat eine 2/3-Mehrheit notwendig gewesen wäre und nach zähem Ringen in der Ampel mit Bedauern der SPD dieser Weg versperrt geblieben ist. Die Realität muss akzeptiert werden. In der Sondersitzung des Rates musste das Augenmerk auf den alten Bibliotheksstandort an der Blücherstraße gerichtet werden. Auch



Ein Blick in die Sachmedienabteilung der Zentralbibliothek

SPD-Fraktionsvorsitzender Lothar Beine: „Wir sind enttäuscht, dass ausgerechnet am Zukunftsthema Bibliothek die Ampel keine gemeinsame Richtung mehr erarbeiten konnte. In der Sache wurde intensiv und bis in die tiefe Nacht fair gerungen. Im Ergebnis muss festgestellt werden, dass das Projekt eines Neubaus der Bibliothek als Ersatz für das sanierungsbedürftige Gebäude an der Blücherstraße in der Öffentlichkeit keine faire Chance hatte.“

Für die SPD-Fraktion wäre die Durchführung eines Ratsbürgerentscheides die Gele-

auf Initiative der SPD-Fraktion hat der Rat nun mit breiter Mehrheit die Verwaltung beauftragt, für den Standort Blücherstraße bis zum 03.07.2013 die Themen Brandschutz, energetische Sanierung und Erweiterung genau zu rechnen und Handlungsoptionen aufzuzeigen. Wir müssen jetzt die Bibliothek an der Blücherstraße anpacken. Übrigens ist dieser einmütige Beschluss ein gutes Signal, dass eine fraktionsübergreifende Zusammenarbeit mit wechselnden Mehrheiten möglich ist.“

Editorial Auf ein Wort

Die Ratsmehrheit aus SPD, Grünen und FDP, allgemein als „Ampel“ bezeichnet, ist seit dem 16. April Geschichte. Erstmals hat es nach dem Krieg in Mönchengladbach eine Ratsmehrheit jenseits der CDU gegeben. Im Sinne der Demokratie, die nach meinem Verständnis vom Wechsel der Mehrheiten lebt, war dies für unsere Stadt eine wichtige, sogar eine dringend notwendige Erfahrung.

Anders als manche Medien in der Stadt, die seit der letzten Kommunalwahl für eine „Große Koalition“ geworben haben, bin ich der Meinung, dass die „Ampel-Zeit“ der Stadt gutgetan hat: In der Stadt herrscht Aufbruchstimmung. Sowohl in Gladbach als auch in Rheydt stehen Kräne und Bagger und schaffen neue, attraktive Innenstädte. In Güdderath werden neue Betriebe noch in diesem Jahr hunderte neuer Arbeitsplätze schaffen. Im Schul- und Kita-Bereich sowie der U-3-Betreuung sind grundlegende Weichen gestellt worden. Und das Wichtigste: Wir haben unserer Stadt mit dem Haushaltssanierungsplan wieder eine finanzielle Zukunftsfähigkeit gegeben.

Ich glaube, es wird noch eine Zeit brauchen, bis die positiven Auswirkungen erkennbar sind. Ich möchte jedenfalls die Gelegenheit nutzen, um allen Mitgliedern der drei Ratsfraktionen für die geleistete Arbeit zu danken.

Jetzt gilt es aber wieder, nach vorne zu blicken: Wir werden bis zur Kommunalwahl wechselnde Mehrheiten im Rat haben. Alle Ratsmitglieder und Fraktionen sind gefordert, für unsere Stadt Verantwortung zu übernehmen, insbesondere auch für die nicht so populären Sparmaßnahmen. Ich hoffe, dass alle dieser Verantwortung gerecht werden.

Herzlichst Ihr



Unsere Themen

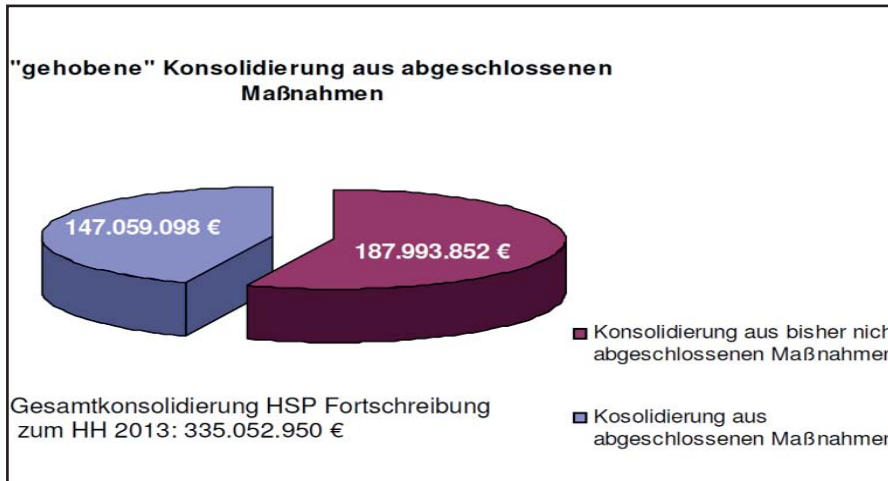
- Ende der Ampel-Kooperation
- Haushaltssanierungsplan
- Neuer Beigeordneter
- Zukunft der GEM
- Verkehrsplanungen
- Schulsozialarbeit
- Bleichwiese

Haushaltssanierungsplan zeigt positive Wirkung

Die Stadt muss der Bezirksregierung im Laufe eines Jahres mehrfach einen Zwischenbericht geben, wie der Stand der Umsetzung des Haushaltssanierungsplans (HSP) ist. Der erste Termin war jetzt am 15. April. Dabei konnte die Stadt erste deutliche Erfolge in der

Umsetzung des HSP melden: Von der Gesamtkonsolidierung in Höhe von 335 Mio. € konnten bereits Maßnahmen in Höhe von 147 Mio. € umgesetzt werden. Von den 193 HSP - Maß-

nahmen sind bis zum 15.4.2013 bereits 65 umgesetzt. Die restlichen 128 Maßnahmen befinden sich in Bearbeitung oder Prüfung.



Umsetzung des HSP melden: Von der Gesamtkonsolidierung in Höhe von 335 Mio. € konnten bereits Maßnahmen in Höhe von 147 Mio. € umgesetzt werden. Von den 193 HSP - Maß-

nahmen sind bis zum 15.4.2013 bereits 65 umgesetzt. Die restlichen 128 Maßnahmen befinden sich in Bearbeitung oder Prüfung.

Besonders erfreulich ist das Jahresergebnis 2012, das dem Rat in der letzten Sitzung

vorgelegt wurde: Statt des prognostizierten Verlustes von 95 Mio. € für 2012 hat die Stadt „nur“ einen Verlust von 48 Mio. € eingefahren.

Der Verlust 2012 hat sich also praktisch halbiert! Dies ist zum einen auf deutlich erhöhte Gewerbesteuereinnahmen (vor Erhöhung des Hebesatzes) sowie weitere Einnahmeerhöhungen und zum anderen auf deutliche Ausgabeminderungen zurückzuführen. Allerdings wird erwartet, dass Ausgaben in Höhe von ca. 30 Mio. € zu Belastungen in 2013 führen. Inwieweit unterm Strich Ausgabeneinsparungen bleiben, ist abzuwarten.

Der nächste Zwischenbericht wird zum 31.7.2013 fällig. Die SPD-Fraktion wird auch unter den geänderten politischen Rahmenbedingungen alles daran setzen, dass der HSP weiter so umgesetzt wird, dass das Ziel des Haushaltsausgleiches in 2018 erreicht wird.

Dieses Ziel ist trotz der angekündigten Änderungen im Stärkungspakt des Landes ab 2014 weiterhin erreichbar. Damit haben wir mit dem HSP die Grundlage dafür geschaffen, dass unsere Stadt wieder zukunftsfähig wird.

In diesem Jahr sind noch viele kritische Maßnahmen anzupacken, unter anderem Personaleinsparungen oder auch die Ausweitung von Parkgebühren in den Außenbezirken.

Es kommt Bewegung in die Verkehrspolitik

Luftreinhalteplan mit Umweltzone, Lärmaktionsplan mit weiteren Fahrverboten, LKW-Routenkonzept und Nahverkehrsplan: In der Mönchengladbacher Verkehrspolitik gibt es viele Veränderungen. Für die SPD-Fraktion stellte sich bei diesen wichtigen Teilplänen die Frage, ob ein Beschluss des Verkehrsentwicklungsplans (VEP) momentan sinnvoll ist. Die Datengrundlage des VEP stammt aus 2005 und das

noch gar nicht beauftragt. **Thomas Fegers, planungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion:** „So ärgerlich die Verzögerung für die SPD beim VEP ist, die Realität muss akzeptiert werden. Im Rat wurde auf Antrag der bisherigen Mehrheitsfraktionen die Konzentration der Verkehrsplanungen auf die Bereiche LKW-Routenkonzept, Nahverkehrsplan und Radwegeplan beschlossen. Die Verwaltung kann nun ihre

knappen Ressourcen gezielt einsetzen und die entwickelten Teilpläne können direkt umgesetzt werden. Alle guten Pläne bringen überhaupt nichts, wenn diese nie umgesetzt werden können. Fazit: **Es kommt Bewegung in die Verkehrspolitik.**



Lärmaktionsplan beschlossen

Es ist an vielen Straßen zu laut. Nun wurde die erste Stufe des Lärmaktionsplans beschlossen. Dieser Plan wird von der Europäischen Union von allen Mitgliedsstaaten gefordert, um eine Lärmreduzierung zu erreichen. In Mönchengladbach ist es ein umfangreiches Werk mit 343 Seiten, das nach der Bürgerbeteiligung in allen Gremien des Rates beraten wurde.

Thomas Fegers: „Für die SPD-Fraktion ist es nun wichtig, möglichst effektive Maßnahmen zur Lärmreduzierung umzusetzen. Die Aufstellung von Tempo 30-Schildern an Hauptverkehrsstraßen ist bestimmt nicht der vorrangige Ansatz, da kaum kontrollierbar und mit der geringsten Akzeptanz beim Bürger. Deshalb sollen zeitnah die besonders belasteten Hauptverkehrsstraßen mit lärmoptimiertem Asphalt belegt werden. Hiermit könnten neben dem Effekt der Lärmreduzierung zugleich auch Straßenschäden saniert werden. Parallel ist ein LKW-Routenkonzept zu erstellen, damit die innerstädtischen Gewerbegebiete auch weiterhin angefahren werden können.“

Durch diese Beschlüsse können Umbauten an angedachten Entlastungsstraßen vermieden werden, die im Ergebnis die Probleme nur verlagert hätten. Zugleich stehen diese Maßnahmen immer unter dem Vorbehalt von Förderzuschüssen aus Bund und Land. Es sollen aber möglichst schnell Erfolge erzielt werden. Die gewonnenen Finanzierungsmittel sollen in Richtung lärmoptimiertem Asphalt sowie weiterem Lärmschutz gelenkt werden.

Thomas Fegers: „Mit diesen Beschlüssen zur Verkehrspolitik verbindet die SPD-Fraktion weiterhin die Reduzierung des Individualverkehrs. Doch dazu sind der Nahverkehr mit Bus und Bahn sowie der Radverkehr zu stärken.“

Zielkonzept wurde noch vor der Kommunalwahl 2009 vorgelegt. Zu dieser Zeit standen die Themen Luftreinhalteplan und Lärmaktionsplan noch nicht auf der Agenda.

Zugleich liegt trotz der Beauftragung in 2009 immer noch kein Nahverkehrsplan für das Busliniennetz vor und ein Radwegekonzept ist

Zielkonzept wurde noch vor der Kommunalwahl 2009 vorgelegt. Zu dieser Zeit standen die Themen Luftreinhalteplan und Lärmaktionsplan noch nicht auf der Agenda.

Vorgestellt: Hans-Jürgen Schnaß

Herr Schnaß, herzlichen Glückwunsch zur Wahl als neuer Beigeordneter. Können Sie sich mal kurz vorstellen?

Hans-Jürgen Schnaß: Gerne. Ich bin 52 Jahre alt, geboren in Düsseldorf, verheiratet und habe einen erwachsenen Sohn. Zur Zeit bin ich Leiter des Hauptamtes (Amt für Personal, Organisation und IT) der Landeshauptstadt Düsseldorf. Ich bin seit 35 Jahren Kommunalbeamter, überwiegend mit Aufgaben aus dem Personal- und Organisationsbereich.



Wo sehen Sie Ihre Schwerpunkte in den nächsten Jahren?

Hans-Jürgen Schnaß: Meine Schwerpunkte liegen in den Bereichen der Personal- und Organisationsentwicklung. Ich möchte aber deutlich machen, dass mir die Bereiche Feuerwehr, Bürgerservice und Ordnungsverwaltung sehr wichtig sind.

Die Stadt Mönchengladbach ist dem Stärkungspakt beigetreten und hat einen umfangreichen Haushaltssanierungsplan aufgestellt. Darin enthalten ist auch ein nicht unerheblicher Stellenabbau. Wie werden Sie damit umgehen?

Hans-Jürgen Schnaß: Zunächst werde ich mir einen detaillierten Überblick verschaffen. Klar

ist mir jedoch bereits jetzt, dass -ohne einen Personalabbau- das Ziel des Haushaltsausgleiches im Jahre 2018 nur schwer zu erreichen ist. Hier ist nicht der Personaldezernent alleine gefragt, sondern Verwaltungsvorstand und die Politik gleichermaßen. Ich werde natürlich mit dem Oberbürgermeister sprechen sowie Gespräche mit meinen Beigeordneten-Kollegen und dem Personalrat führen. Ziel muss es sein, eine Personalpolitik möglichst sozialverträglich und unter Beibehaltung vieler Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu betreiben.

Können Sie jetzt schon Maßnahmen nennen?

Hans-Jürgen Schnaß: Ich bitte um Verständnis, dass ich das zum jetzigen Zeitpunkt nur sehr eingeschränkt kann. Aber lassen Sie es mich an einigen Beispielen versuchen. Im Bereich der Personalentwicklung halte ich es u.a. für wichtig, dass wir die Beschäftigten da einsetzen, wo sie gebraucht werden, dass wir versuchen, unser Fluktuationspotential zu heben sowie in die Gesundheitsförderung der Beschäftigten investieren. Bei einer Organisationsentwicklung müssen wir über Prioritäten sprechen. Ich halte in diesem Zusammenhang eine strukturierte Aufgabenkritik für zielführend.

Dazu gehört auch das Thema überregionale Zusammenarbeit. Wir müssen nicht alles alleine machen.

Sie werden sich unter Umständen nicht nur Freunde mit solchen Vorschlägen machen?

Hans-Jürgen Schnaß: Mir ist bewusst, dass solche Maßnahmen oft auch Kritik hervorrufen werden. Verwaltung ist kein Selbstzweck. Wir arbeiten für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Mönchengladbach. Wenn wir das Ziel 2018, was ja durch den Rat so beschlossen worden ist, erreichen wollen, bleibt meiner Meinung nach nur der Weg der Kostenreduktion, auch im Personalbereich. Wichtig dabei ist, die Prozesse gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen so transparent wie möglich zu machen.

Welche Eigenschaften müssen die Führungskräfte heutzutage im öffentlichen Dienst haben?

Hans-Jürgen Schnaß: Ganz wichtig ist die so-

ziale Kompetenz. Der einzelne Beschäftigte sollte im Mittelpunkt stehen. Darüber hinaus ist es gerade in Zeiten der Haushaltskonsolidierung wichtig, dass Führungskräfte flexibel und kreativ mit der Aufgabenerledigung umgehen.



Herr Schnaß, wie würden Sie sich selbst beschreiben?

Hans-Jürgen Schnaß: Ich bin ein bodenständiger, pragmatischer Mensch, der wenig mit hochtheoretischen Dingen anfangen kann. Als Teamplayer muss ich nicht alles besser wissen als andere. In Auseinandersetzungen sollte man den Dialog suchen. Mir ist es wichtig, dass Menschen respektvoll miteinander umgehen, egal ob Reinigungskraft oder Personaldezernent.

Was machen Sie in Ihrer Freizeit?

Hans-Jürgen Schnaß: An erster Stelle steht bei mir die Familie. Meine Frau und ich wandern gerne. Ich lese Krimis. Ansonsten spiele ich noch den Bass in der Düsseldorfer Stadtverwaltungsband und bin Mitglied im Schützenverein Niederkassel.

Vielen Dank, wir wünschen Ihnen viel Erfolg für die neue Aufgabe.

Zukunft der GEM - Weitere Schritte wurden eingeleitet

Der Rat hat im Dezember 2012 mit großer Mehrheit wichtige Beschlüsse für eine zukünftige Abfallentsorgung getroffen. Hierzu gehörte neben der europaweiten Ausschreibung der Müllverbrennung die Neuorganisation der GEM. Ziel der bisherigen Ratsmehrheit ist es, die GEM als 100 %ige städtische Gesellschaft fortzuführen. Nur so können z.B. die städtischen Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz erhalten.

Die GEM gehört bisher zu 50 % der Stadt MG und zu 50 % der Fa. EGN, einer Tochter-

gesellschaft der Stadtwerke Krefeld. Um das Ziel zu erreichen, können die bisherigen Anteile von Krefeld gekauft werden. Sollte das nicht gelingen, kann notfalls eine neue städtische GEM gegründet werden. Um diesen schwierigen Prozess in enger Abstimmung mit der Stadt abwickeln zu können, wollen die bisherigen Mehrheitsfraktionen einen nebenamtlichen Geschäftsführer der Stadt bis zum Ende des jetzigen GEM-Vertrages installieren.

Lothar Beine: „Die nebenamtliche Ge-

schäftsführung soll befristet im Umsetzungsprozess der Rekommunalisierung der GEM eingesetzt werden. Zweck ist die Sicherung einer engeren Anbindung der Stadt als Mutter der GEM. Herr Vossieg ist als Leiter der Beteiligungsverwaltung mit der komplexen Materie fachlich gut vertraut und deshalb der richtige Mann. Die in der Öffentlichkeit kolportierte Begründung, die FDP wolle einen eigenen Mann installieren, um die Rekommunalisierung zu verhindern, entbehrt jeder Grundlage.“

Schulsozialarbeit erhalten

Ulrich Elsen, Vorsitzender des Schulausschusses (SPD): „Die Vereinfachung eines komplexen Themas mit Unwahrheiten wird den betroffenen Menschen nicht gerecht. Die SPD-Fraktion macht deutlich, dass an einer Lösung für die Fortsetzung der Schulsozialarbeit über den befristeten Zeitraum 31.12.2013 hinaus

dem Bedarf 24 Sozialarbeiter befristet eingestellt werden sollen.

- Für Mönchengladbach wurden von der Verwaltung insgesamt 2,3 Mio. € Bundesmittel für den Projektzeitraum bis 31.12.2013 errechnet. Das einstimmig beschlossene Konzept kam aber mit 1,3 Mio. € aus. Die Anzahl der eingestellten Schulsozialarbeiter wurde von der Verwaltung, vertreten durch die beiden Fachdezernenten, als bedarfsgerecht dargestellt.



Markus Jürgens_pixelio

gearbeitet wird. Eine Arbeitsgruppe wurde für diesen Zweck eingerichtet.“

Nun zu den Fakten:

- Der Rat beschloss am 12.10.2011 auf Vorschlag der Verwaltung nach Vorberatungen in den Fachausschüssen einstimmig das Konzept zum Projekt „Kommunale Schulsozialarbeit“. Dies wohlwissend, dass entsprechend

- Nachdem die Schulsozialarbeiter ihre Arbeit begonnen hatten, wurden die Fachausschüsse im Juni 2012 über die Umsetzung des Konzepts informiert. Eine mögliche Aufstockung der Schulsozialarbeit mit Verwendung von Restmitteln wurde von beiden Fachdezernenten Dr. Schmitz und Dr. Fischer (beide CDU) hierbei nie thematisiert oder für den Haushalt angemeldet. Nein, am 20.06.2012 wurde im Schulausschuss gerade wegen der Befristung des Projekts der Erhalt

der bestehenden Strukturen empfohlen. Zugleich wurde auf die Verantwortung des Bundes für die Zeit nach 2013 hinaus verwiesen.

Ulrich Elsen: „Der Hinweis auf Berlin ist ein wesentlicher Punkt. Es kann nicht sein, dass der Bund zuerst eine Anschubfinanzierung bewilligt und für die Zeit danach die Kommunen im Stich lässt. Frau von der Leyen (CDU) macht sich als Bundesministerin einen schlanken Fuß und wir haben vor Ort die Sorgen der betroffenen Menschen. Denn natürlich hat sich die Schulsozialarbeit bewährt und ist eine wichtige präventive Maßnahme. Diese will die SPD unbedingt über den 31.12.2013 hinaus erhalten. Aber so einfach lassen sich rd. 1,0 Mio. € jährlich ohne Beratung des Gesamthaushalts 2014 nicht unterbringen. Denn diese Mittel müssen an anderer Stelle eingespart werden. Hierfür soll nach dem Ratsbeschluss die Fachverwaltung eine Finanz- und Konzeptplanung für eine Verlängerung der Schulsozialarbeit bis zum Sommer erarbeiten. Eben weil wir nicht mit Ängsten der Betroffenen spielen wollen, soll im Juli Klarheit über eine Fortsetzung der Schulsozialarbeit für weitere zwei Jahre mit rein städtischen Mitteln bestehen. Übrigens ist die Eigenfinanzierung nur deshalb möglich, da wir im Stärkungspakt aufgenommen wurden.“

Bleichwiese - Viel Platz zum Wohnen

Mitten im Herzen der Stadt liegt nach dem Abriss des abgebrannten Zentralbades eine 15.000 qm große Fläche brach. Der in 2008 unternommene Versuch, über ein Bebauungsplanverfahren Investoren zu finden, scheiterte

van Pol kommt Bewegung in das Projekt. Die SPD begrüßt die Planungsabsicht für einen qualitativ hochwertigen und mehrgeschossigen Wohnungsbau mitten in der City. Entlang der Fliethstraße muss als Lärmschutz ein Büroriegel



gebaut werden. Wichtig für die SPD ist auch der Ausschluss von Einzelhandel und die Integration der Masterplanideen.“

Die SPD sieht im Projekt auch einen Zusammenhang mit der zukünftigen Wohnungsnachfrage im Zentrum der Stadt. Einfamilienhäuser passen an diese Stelle überhaupt nicht hin.

schnell und es sollte vor einem Neustart mit großen Plänen zuerst ein Interessent gefunden werden.

Thomas Fegers, planungspolitischer Sprecher der SPD: „Diese Vorgehensweise machte Sinn, da Verwaltung und Rat anhand konkreter Anfragen ein maßgeschneidertes Planungskonzept mit dem Investor fertigen können. Mit dem niederländischen Projektentwickler Piet

SPD-Fraktionsvorsitzender Lothar Beine: „Die SPD hätte demnach auch dem Projekt zugestimmt. Doch die kurz vor den Beschlüssen durchgesickerten Berichte über mögliche Ermittlungen im Zusammenhang mit Piet van Pol in den Niederlanden veranlasste auch die SPD zu einer Bedenkzeit. Es gilt natürlich die Unschuldsumutung, doch ein Ad-hoc-Beschluss mit dieser Tragweite wäre nicht vermittelbar gewesen. Die SPD hat bei ihren bisherigen Re-

cherchen stets mit Herrn van Pol den Kontakt aufrechterhalten. Er hat in MG eine faire Chance verdient.“

RatAktuell 1/2013

Auflage: 2000 (im Postversand)

Herausgeber:

SPD-Ratsfraktion

Mönchengladbach

Brucknerallee 126

41236 Mönchengladbach

Tel: 02166/9 24 90-30

Fax: 02166/9 24 90-34

Mail: spdratmg@itbank.de

Internet: www.fraktion-spd-mg.de

twitter.com/SPDratmg

Neue Anschrift?

Neuer Interessent?

Bitte wenden Sie sich an obige Adresse!

Redaktion:

Thomas Fegers (V.i.S.d.P.)

Lothar Beine

Bilder: SPD, Stadt-MG, WFMG, pixelo.de

Druck:

Druckerei Kranz, Stadtwaldstraße 35, 41179 Mönchengladbach